

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

Prüfungsteil 1.1 Geleitete Fallarbeit

Kandidatennummer	
Zweig	Invalidenversicherung, Critical Incidents «Recht und Organisation»
Dauer	30 Minuten
Geleitete Fallarbeit	Critical Incident 1: Verfahren bei Rückforderung
	Critical Incident:2: Datenverarbeitung
Beilagen	Keine
Anzahl Seiten	5

Critical Incident 1: Verfahren bei Rückforderung

Ausgangssituation

Anita Breitenfeld belegt einen Weiterbildungskurs im Bereich Sozialversicherungen. In diesem Zusammenhang hat sie eine Arbeit zu verfassen, die das Thema Rückerstattung unrechtmässig bezogener Sozialversicherungsleistungen zum Gegenstand hat. Dieses Thema bereitet ihr Kopfzerbrechen, weshalb sie sich in der Annahme an Sie wendet, dass Sie ihr als angehende Sozialversicherungsexpertin/angehender Sozialversicherungsexperte weiterhelfen können.

Konkret muss Anita Breitenfeld das korrekte Vorgehen und das Verfahren bei Rückforderung einer IV-Rente nach IVG und einer IV-Rente der beruflichen Vorsorge nach BVG darlegen. Sie muss sich dabei auch dazu äussern, wie lange sich die Versicherten Zeit nehmen dürfen für eine Rückforderung. Ferner hat sie zu prüfen, ob die Rückerstattungspflicht in jedem Fall gilt oder ob es unter gewissen Voraussetzungen Ausnahmen davon gibt. Schliesslich muss sie die Rechtsmittelverfahren bis zum Bundesgericht darstellen.

Aufgabe

Beantworten Sie die Fragen, die Anita Breitenfeld aufgeworfen hat und nennen Sie die Massnahmen resp. Schritte. Begründen Sie jeweils mit den genauen rechtlichen Grundlagen (keine reglementarischen Bestimmungen). (25 Punkte, davon 15 für den IV-Teil und 10 für den BV-Teil)

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgender Leitfrage bewertet:

- Schildert der/die Kandidat/in ein plausibles und rechtlich korrektes Vorgehen in der beschriebenen Situation?

Zeitraahmen

Ca. 25 Minuten

Lösungsvorschlag

Massnahmen/Schritte	Begründung
IV Gewährung des rechtlichen Gehörs	Art. 42 ATSG
Rückforderungsverfügung erlassen Hinweis auf Art. 3 Abs. 2 ATSV	Art. 25 Abs. 1 ATSG / Art. 3 ATSV / Art. 69 Abs. 1 IVG
Die Verfügung ist innerhalb dreier Jahre, nachdem die IV vom Rückforderungsanspruch Kenntnis erhalten hat, zu erlassen, spätestens aber mit dem Ablauf von fünf Jahren nach der Auszahlung der einzelnen Leistung.	Art. 25 Abs. 2 ATSG
Wird der Rückforderungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet und sieht das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist vor, ist diese Frist massgebend.	Art. 25 Abs. 2 ATSG
Wer Leistungen in guten Glauben empfangen hat, muss sie nicht zurückerstatten, wenn eine grosse Härte vorliegt.	Art. 25 Abs. 1 ATSG / Art. 4 – 5 ATSV
Der Erlass wird auf schriftliches Gesuch gewährt. (Gesuch ist spätestens 30 Tage nach Eintritt der Rechtskraft der Rückforderungsverfügung einzureichen)	Art. 4 Abs. 4 ATSV
Vorliegen einer grossen Härte.	Art. 5 ATSV
Verfügung kann beim kantonalen Versicherungsgericht angefochten werden.	Art. 56/57 ATSG
Gegen den Entscheid des kantonalen Versicherungsgerichts kann nach Massgabe des BGG beim Bundesgericht Beschwerde geführt werden.	Art. 62 ATSG
BV Rückforderung in einem Schreiben stellen (keine Verfügung möglich).	Art. 35a Abs. 1 BVG
Die Verfügung ist innerhalb dreier Jahre, nachdem die IV vom Rückforderungsanspruch Kenntnis erhalten hat, zu erlassen, spätestens aber mit dem Ablauf von fünf Jahren nach der Auszahlung der einzelnen Leistung.	Art. 35a Abs. 2 BVG
(Nach der Revision des Art. 35a Abs. 2 BVG ist ein Verjährungsverzicht nicht mehr möglich, da es sich nunmehr um eine Verwirkungsfrist handelt.	

<p><i>Das Bundesgericht hatte die Frist nach alter gesetzlicher Regelung in BGE 9C_563/2015 als Verjährungsfrist beurteilt.)</i></p> <p><i>Wird der Rückforderungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet und sieht das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist vor, ist diese Frist massgebend.</i></p> <p><i>Von der Rückforderung kann abgesehen werden, wenn der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt.</i></p> <p><i>Bezahlt die versicherte Person die Rückforderung nicht, ist zuerst sicher eine entsprechende Mahnung und Belehrung angezeigt. Fruchten diese nicht, muss die Vorsorgeeinrichtung Klage beim zuständigen kantonalen Gericht zu erheben.</i></p>	<p><i>Art. 35a Abs. 2 BVG</i></p> <p><i>Art. 35a Abs. 1 BVG</i></p> <p><i>Art. 73 BVG</i></p>
---	---

Critical Incident 2: Datenverarbeitung

Ausgangssituation

Johann Silberschmied ist gegenüber dem Staat und seinen Institutionen sehr kritisch eingestellt. Er erscheint auf der IV-Stelle und verlangt, dass ihm die gesetzliche Grundlage für die Erfassung und Verarbeitung seiner Daten im Zusammenhang mit seinem Leistungsbegehren bekannt gegeben wird.

Aufgabe

Sie werden an den Empfang gerufen und erteilen Johann Silberschmid die gewünschte Auskunft und begründen Sie diese (5 Punkte).

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgender Leitfrage beurteilt:

- Schildert der/die Kandidat/in ein rechtlich und systematisch korrektes Vorgehen in der beschriebenen Situation?

Zeitraumen

Ca. 5 Minuten

Lösungsvorschlag

Schritte	Begründung
<i>Erklären, dass das IVG auf die gesetzliche Grundlage für das Verarbeiten von Personendaten im AHVG hinweist.</i>	<i>Art. 66 IVG</i>
<i>Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung der Versicherung betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach dem Gesetz oder im Rahmen von zwischenstaatlichen Vereinbarungen übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren.</i>	<i>Art. 49b Bst. b AHVG</i>